

Klimapolitik: Diesmal wirklich am Scheideweg?

Ein Blick zurück nach vorn

Reinhard Loske

„There is no Planet B“. Mit diesem Slogan macht seit gut einem Jahr die weltweit aktive „Fridays for Future“-Bewegung um die schwedische Schülerin Greta Thunberg auf die Dramatik der globalen Erderwärmung aufmerksam. Sieht man einmal von Rechtspopulisten und Autokraten ab, reagiert die Politik in vielen Ländern überwiegend wohlwollend auf diesen jugendlichen Sturm und Drang, dem sich von „Scientists for Future“ über „Parents for Future“ bis „Entrepreneurs for Future“ mittlerweile viele angeschlossen haben. Sie sei froh, gab erst kürzlich die Bundeskanzlerin und Physikerin Angela Merkel zu Protokoll, dass sich die Klimabewegung hinter der Fahne der Wissenschaft versammle.

Gerade weil sie das tun, lassen sich die Aktivistinnen und Aktivisten aber nicht mehr durch hehre Worte einullen, sondern verlangen eine konkrete Politik, die auf Augenhöhe mit der Größe der Herausforderung agiert. Die Bundeskanzlerin und ihr Klimakabinett durften die unbestechliche

Konsequenz der Klimabewegung just an dem Tag kennenlernen, an dem mit großen Worten das sogenannte Klimapaket vorgelegt wurde, am 20. September 2019. Dieses Paket, so das fast einhellige Urteil von Klimaforschung und Klimabewegung, sei in keiner Weise geeignet, den menschengemachten Klimawandel in tolerablen Grenzen zu halten. Es sei im Gegenteil ein Dokument der Verzögerung, der Halbherzigkeit und der Konfliktscheu.

Es darf bezweifelt werden, dass die Bundesregierung und die Regierungen anderer Staaten mit einer Mischung aus großen Worten und kleinen Taten, aus Pathos und technokratischer Kleinteiligkeit bei ihren jüngeren Bürgerinnen und Bürgern durchkommen. Wer verstehen will, warum das ängstliche Festhalten an einer nur leicht modifizierten Strategie des „Weiter wie bisher“ definitiv nicht zu einer Einhegung der Klimakrise führt, sollte sich dabei die vergangenen drei, besser fünf Dekaden anschauen. Bevor in diesem Beitrag der Blick nach vorn gerichtet wird, soll daher der Blick zu-



Reinhard Loske

ist Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und dort auch Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung. Er hat sich seit Ende der 80er Jahre als Wissenschaftler, Politikberater, Bundestagsabgeordneter und bremischer Senator intensiv mit Fragen der Klimapolitik befasst.